

Die soziale Frage im Netz stellen - digitale Ungleichheit überwinden

Seit Beginn der 1990er Jahre sind das Internet, die Digitalisierung und die so genannten ‚neuen‘ Medien zum Motor einer neuen Aufklärung verklärt worden. Mit der Möglichkeit ohne großen Ressourcen-Aufwand zu MeinungsmacherInnen zu werden und über barrierefreie Kommunikationsmöglichkeiten sollte die Gesellschaft weiter demokratisiert und eine „fünfte“ Gewalt etabliert werden. Viele in die digitale Revolution gesteckte Erwartungen sind seitdem enttäuscht und das Ziel einer gerechteren Gesellschaft ist auch durch das Internet nicht erreicht worden. Demokratie kann erst durch digitale Prozesse und moderne Kommunikationsmittel erweitert werden, wenn auch ein hinreichender Teil der Gesellschaft einen Netzzugang und die notwendigen Kompetenzen zur Nutzung der Möglichkeiten hat.

Bei der Gestaltung der digitalen Gesellschaft dürfen wir ihre sozialen Aspekte nicht aus den Augen verlieren. Im Internet spiegeln sich viele soziale Differenzen, die insgesamt in der Gesellschaft herrschen. Betrachtet man einschlägige Statistiken fällt auf, dass der typische Internetnutzer männlich, weiß, hochgebildet und unter 35 Jahren ist und somit sämtliche Stereotype und Ungleichheiten in der Online-Welt genauso wirken, wie offline. Mit der Breitbandkluft kommt noch eine weitere Ungleichheit hinzu, die große Metropolen und Ballungsgebiete von kleineren und ländlicheren Gebieten trennt. In der digitalen Gesellschaft herrschen Ungleichheiten, die nachhaltige negative Konsequenzen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens haben werden, wenn wir ihnen nicht politisch begegnen und auch im Internet die soziale Frage stellen. Bildungs- und einkommensschwache Schichten und der ländliche Raum werden in der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung abgehängt und erfahren gegenüber den Metropolregionen und sozioökonomisch gut ausgestatteten Schichten massive Nachteile in der gesellschaftlichen Teilhabe.

Die digitale Kluft hat Konsequenzen

Wenn in der modernen Demokratie immer öfter Projekte angestoßen werden, um über das Internet Bürgerbeteiligung zu sichern (Bürgerhaushalte, Diskussionsforen oder Abstimmungen), dann ist nicht länger sicher gestellt, dass alle Bürgerinnen und Bürger gleiche Chancen haben an diesen Projekten zu partizipieren. Internetnutzung ist fast ein Luxusgut, denn sie kostet ökonomische Ressourcen, die nicht für die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts aufgebracht werden kann. Bürgerinnen und Bürger ohne entsprechende Ressourcen können an diesen Formen der politischen Beteiligung nicht teilhaben und werden immer weiter aus dem Fokus von Politik gerückt.

Für die Suche nach Stellenangeboten wie für mögliche Bewerbungen sind Internetzugänge und entsprechend Fähigkeiten in der Nutzung von digitaler Technik von immer größerer Bedeutung. Viele Stellen werden bereits heute nur noch online veröffentlicht und/oder Bewerbungen werden nur noch in digitaler Form akzeptiert. Der nächste Schritt ist erreicht, wenn weitere Stufen des Bewerbungsprozesses online durchgeführt werden, um die Ressourcen der Unternehmen zu schonen und gleichzeitig die technischen Kompetenzen der BewerberInnen zu testen. Ohne entsprechende technische Ausstattung und Sicherheit in der Nutzung dieser Technik werden damit bestimmte Gruppen systematisch von diesen Angeboten ausgeschlossen. Im Zuge der immer weiter fortschreitenden Digitalisierung von Informationen droht diese Kluft sich immer weiter zu vergrößern.

In Schulen und Hochschulen wird von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein Mindestmaß an technischer Kompetenz und Infrastruktur voraus gesetzt. Hausaufgaben beinhalten die eigenständige Recherche im Internet, medial unterstützte Präsentationen gehören bei Referaten zu den Selbstverständlichkeiten und Seminarinhalte werden nur noch digital zur Verfügung gestellt. Wir begrüßen den Einsatz von digitalen Medien in der Bildung, aber ohne entsprechende Kompetenzen und/oder Infrastruktur werden SchülerInnen bereits früh von ihren besser ausgestatteten KlassenkameradInnen abgehängt und Studierende mit Referaten ohne mediale Unterstützung erhalten möglicherweise Punktabzüge. Schulen und Hochschulen fordern dabei Dinge ein, die sie selbst aufgrund schlechter Infrastruktur nur in begrenztem Rahmen leisten und bieten. Bildungserfolg wird damit auch auf technischer Seite von der individuellen ökonomischen Ausstattung von Schülern und Studierenden abhängig.

1 Auch innerparteilich wird die digitale Kluft zum Problem in Zeiten, in denen zunehmend Informationen
2 und Ankündigungen über Mailinglisten und Webseites angeboten werden und traditionelle Angebote wie
3 Briefe und Telefonanrufe als zusätzlicher Aufwand wahrgenommen werden. Für ehrenamtliche Arbeit in
4 Politik und Gesellschaft können die Chancen, die in dieser verbesserten technischen Infrastruktur stecken
5 aber nur von denen genutzt werden, die über diese Ressourcen verfügen. Menschen ohne PC und Internet-
6 zugang müssen ihr Engagement weiterhin mit Stift und Papier organisieren und geraten so ins Hintertref-
7 fen gegenüber WettbewerberInnen, die digitale Angebote schaffen.

8
9 Informationen sind der Rohstoff des 21. Jahrhunderts – und um diesen Rohstoff ist ein Wettbewerb ent-
10 brannt, der die zentralen gesellschaftlichen Debatten prägt. Wenn wir weiterhin am Ziel einer solidarischen
11 digitalen Gesellschaft arbeiten wollen, müssen wir jetzt Maßnahmen ergreifen, die digitale Kluft zu schlie-
12 ßen. Wir Juso fordern daher eine umfassende politische Strategie, die allen Bürgerinnen und Bürgern die
13 Möglichkeiten und Chancen der Teilhabe an der modernen Gesellschaft bietet.

16 **Die digitale Spaltung verhindern**

17
18 Die Netzinfrastruktur in Deutschland muss flächendeckend so ausgebaut sein, dass allen Haushalten die
19 Möglichkeit gegeben wird, einen leistungsfähigen Anschluss zu nutzen, der die Wiedergabe und Nutzung
20 zeitgemäßer Netzinhalte ermöglicht und einen gleichen Zugang ermöglicht. Die in den vergangenen
21 Jahren im Rahmen von LTE-Versteigerungen gesetzten Bedingungen für Provider sind zu überprüfen, so
22 dass auch jenseits von Ballungsgebieten eine entsprechende Abdeckung und Versorgung erreicht wird.
23 Der grundgesetzlich festgeschriebene Auftrag der Schaffung gleicher Lebensverhältnisse muss auch für
24 Breitbandzugänge, Mobilfunkabdeckung und dazugehörige Infrastruktur gelten und darf nicht nur öko-
25 nomischen Kriterien und den Interessen der Provider folgen. Breitbandversorgung muss in die Univer-
26 saldienst-Regulierung aufgenommen und gesetzlich verankert werden. Die Liberalisierung des Telekom-
27unikationsmarktes liefert im Bereich Breitband geringe Gebühren in Ballungsgebieten auf Kosten der
28 Infrastruktur im ländlichen Raum und lässt die Kluft weiter wachsen – hier ist ein politisches Eingreifen
29 dringend notwendig.

30
31 Haushalte mit Kindern, die von staatlichen Unterstützungsleistungen zur Sicherung ihres Lebensunter-
32 halts abhängig sind, muss die Möglichkeit gegeben werden, eine technisch angemessene Infrastruktur zur
33 Nutzung des Internet anzuschaffen, auf einem aktuellen Stand zu halten und im Bedarfsfall zu ersetzen.
34 Die entsprechenden Pauschalen für die Nutzung von Telekommunikations- und Informationsdiensten be-
35 dürfen einer Erhöhung, um zeitgemäße Anschlusskosten zu decken. Die Kosten für Ausstattung und ggf.
36 notwendige technische Schulung müssen unabhängig von der Höhe der variablen Bezüge sichergestellt
37 sein und als erstattungsfähige Kosten der Wohnungsausstattung gewährt werden, so dass keine zusätz-
38 liche Belastung für die Betroffenen entsteht. Nur so kann die gesellschaftliche Exklusion von Empfänge-
39 rInnen von staatlichen Unterstützungsleistungen gestoppt werden, die massiv vom Zugang zu Informati-
40 onen abhängt.

41
42 In öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen (z.B. Bibliotheken, Rathäuser und Volkshochschulen) müssen
43 frei zugängliche Internetterminals zur Verfügung stehen, um interessierten Bürgerinnen und Bürgern die
44 Möglichkeit der barrierefreien Informationsbeschaffung zu geben. Wenn Bund, Länder und Kommunen
45 Prozesse organisieren, die auf Online-Partizipation fußen, muss parallel eine Möglichkeit eingerichtet wer-
46 den, diese Angebote auch für Menschen zugänglich zu machen, die zu Hause über keine entsprechende
47 technische Ausstattung oder die notwendigen Kompetenzen verfügen, um eine echte BürgerInnenbeteili-
48 gung zu ermöglichen. Über Schulungsangebote an Volkshochschulen muss ein Angebot bereit gestellt wer-
49 den, dass eine eigenständige und kompetente Nutzung des Internet für alle Generationen und Schichten
50 erlernbar macht. Um die Attraktivität kommunaler Angebote bei Kinder- und Jugendarbeit zu erhöhen,
51 muss auch hier eine entsprechende technische Ausstattung bereit gestellt werden.

52
53 In Schulen müssen Computer-Räume auf den aktuellen technischen Stand gebracht und gehalten werden,
54 um dort mehr tun zu können als Tabellenkalkulation und Schreibmaschinen-Kurse. SchülerInnen muss die
55 Nutzung dieser Räumlichkeiten auch außerhalb des regulären Schulunterrichts (z.B. in AGs und in Freistun-
56 den) möglich sein, um ihnen auch Möglichkeiten zu bieten, das Internet und die digitale Welt eigenständig
57 zu entdecken. In allen Schultypen und Altersstufen müssen der Umgang und die Nutzung von digitalen
58 Medien zum Standard werden und dürfen nicht von den Möglichkeiten des Elternhauses abhängig sein.

59
60 Maßnahmen in Infrastruktur und Netzzugang können ihre Wirkung nur entfalten, wenn gleichzeitig die
61 Inhalte und Services diskriminierungsfrei angeboten und abgerufen werden können. Netzneutralität ohne
62 Dienstklassen muss daher in Deutschland dringend gesetzlich verankert werden. Die Aufgabe der Netz-
63 neutralität würde ein Zwei-Klassen-Internet zur Folge haben, in dem der Zugang zu Informationen und

Wissen von ökonomischen Faktoren bestimmt und die gesellschaftliche Spaltung noch vertiefen würde. Neben der Umsetzung in der Bundesrepublik müssen hier auch endlich europäische Initiativen folgen, um ein nationalstaatliches Kleinklein zu verhindern.

Die digitale Gesellschaft ist weiterhin eine stark monopolistisch geprägte Gesellschaft, insbesondere was die Standardisierung von Software betrifft. Eine politische Stärkung und ein deutliches Bekenntnis zu Open-Source-Software in der Verwaltung von Bund, Ländern und Kommunen und in öffentlichen Einrichtungen würde diesen Monopolen Einhalt gebieten und gleichzeitig Sicherheit und Nutzerfreundlichkeit erhöhen. Durch die standardmäßige Nutzung von Open-Source-Software in öffentlichen Einrichtungen würde zudem eine weitere technische Barriere abgesenkt. Nur frei verfügbare Software kann gleiche Voraussetzungen im Privaten wie in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen schaffen, die das Wissen um die Bedingungen von Software weniger abhängig von ökonomischen Voraussetzungen und Ressourcen machen würde.

Der Zugang zu Wissen und Informationen darf aber nicht bei der Verbesserung der Infrastruktur für NutzerInnen stehen bleiben. In der digitalen Gesellschaft ergeben sich Verbreitungswege für Wissen und Informationen, die bisher massiv von ökonomischen Interessen gesteuerte Zugangsmöglichkeiten demokratisieren können. Insbesondere Open Access-Verfahren für Ergebnisse gesellschaftlich geförderter Forschung können hier einen wichtigen Beitrag leisten und müssen ausgebaut werden. Die Erstverwertung via Open Access muss zum Standard werden und darf nicht als Nebenprodukt eigentlich kommerziell gesteuerter Verbreitungswege gesehen werden. Der Zugang zu Informationen, Wissen und Bildung ist auch von deren Bereitstellung abhängig und ist ein entscheidendes Merkmal der Ermöglichung von gesellschaftlicher Teilhabe. Daher ist auch der Zugang zu sogenannten verwaisten und vergriffenen Werken ein Teil des Kampfes gegen die digitale Ungleichheit. Verwaiste und vergriffene Werke müssen der Gesellschaft mit Hilfe digitaler Technologien zugänglich und rechtssicher nutzbar gemacht werden.

Die solidarische digitale Gesellschaft ist demokratisch. Zu demokratischer Kultur gehört aber auch die Waffengleichheit zwischen den Akteuren. Daten aus Politik und Verwaltung müssen den Menschen zugänglich sein, um Entscheidungen beurteilen und sich Meinungen bilden zu können. Der Zugang zu diesen Daten darf aber nicht nur Eingeweihten und ExpertInnen möglich sein, sondern ist ein wesentlicher Bestandteil einer modernen und demokratischen Kultur. Open Data Portale bieten eine hervorragende Möglichkeit eine Öffnung und Transparenz von Politik zu ermöglichen. Etablierte Macht- und Herrschaftsstrukturen können hier aufgelöst und das Verhältnis von Herrschenden und Beherrschten neu ausgerichtet werden.

Das Ziel einer solidarischen digitalen Gesellschaft scheidet aktuell noch an einer massiven Ungleichverteilung von Ressourcen und einer digitalen Spaltung der Gesellschaft. Diese Ungleichheit zu überwinden und auch in der digitalen Gesellschaft soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, muss das Ziel jungsozialistischer und sozialdemokratischer Netzpolitik werden.

Ä 75

zum Antrag:

AntragstellerInnen

I1

Hessen-Nord

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....

- 1 Antrag I1 auf S. 249 in Z. 34 um folgenden Text ergänzen:
2
3 Die digitale Spaltung in Abgehängte und kompetente NutzerInnen, in Outsider und
4 Insider, gilt es zu überwinden – dies nicht nur hinsichtlich des technischen Zugangs
5 zum Netz, sondern auch in der Nutzung des Netzes. Daher fordern wir endlich ein
6 barrierefreies Netz zu realisieren, welches von allen NutzerInnen, unabhängig von
7 deren körperlichen, sozialen oder technischen Möglichkeiten uneingeschränkt
8 (barrierefrei) genutzt werden kann. Dafür sind technische und gesellschaftliche
9 Veränderung gleichermaßen notwendig. Die Barrierefreie Informationstechnik-
10 Verordnung (BITV) ist zu überarbeiten, an aktuelle Standards anzupassen und
11 regelmäßig auf ihre Kompatibilität mit neuen Entwicklungen zu überprüfen.
12 Insbesondere die Einrichtungen und Körperschaften der Länder müssen verpflichtet
13 werden die BITV endlich umzusetzen. Auch nicht-staatliche Angebote sind häufig
14 nicht barrierefrei und es müssen politische Maßnahmen getroffen werden, die digitale
15 Gesellschaft in allen Dimensionen barrierefrei zu gestalten. Web-Angebote aller Art
16 müssen zukünftig barrierefrei und nach Maßgabe der BITV gestaltet werden. Dazu
17 sind auch entsprechende Schulungen von AutorInnen und InhaltenanbieterInnen
18 notwendig. Auch sprachliche Barrieren verhindern regelmäßig eine freie und gleiche
19 Nutzung von Online-Angeboten. Web-Angebote, insbesondere von Behörden
20 öffentlichen Rechts, müssen multilingual angeboten werden. Menschen
21 nichtdeutscher Herkunft (politische Flüchtlinge, EU-Ausländer) müssen Onlinedienste
22 verstehen können. Um Akzeptanz für diese Maßnahmen und die ihnen
23 vorausgehenden tabuisierten Probleme zu schaffen, kann z.B. von staatlicher Seite
24 durch Prämien und öffentliche Förderung eine Popularisierung barrierefreier
25 Webangebote geschaffen werden.

Ä 142

zum Antrag:

11

AntragstellerInnen

Landesverband Niedersachsen
(BZ: HA, BS, WE, NN)

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....

1 (1)

2 Streiche S247 Z. 31 „fast“

3 Begründung:

4 Das Wort fast ist schwammig. Entweder ist Internet ein Luxusgut oder nicht. Die
5 Definition von Luxusgut ist hierbei die Frage. Daher entweder ja oder nein.

6

7

8 (2)

9 Füge ein in S248 Z. 43 „und W-Lan Acces Points“ hinter „Internetterminals“

10 Begründung:

11 Der mobile Internetverkehr nimmt immer mehr zu und auch eigene Endgeräte sollen
12 die entsprechende Versorgungsmöglichkeit erhalten

Ä 205

zum Antrag:

AntragstellerInnen

11

LV Berlin

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....

- 1 (1)
2 Seite: 248, Zeile: 31 Text: Streiche „mit Kindern“
3
4 (2)
5 Seite: 248 Zeile: 58 Text: Füge ein nach „[...]abhängig sein.“ : „LehrerInnen muss die
6 Möglichkeit einer ständigen digitalen Weiterbildung gegeben werden.“
7
8 (3)
9 Seite: 248, Zeile: 56 Text: Streiche „ihnen auch Möglichkeiten bieten,“
10
11 (4)
12 Seite: 248, Zeile: 57 Text: Einfügen nach „zu entdecken.“ : „Altersklassifikationen wie
13 in einem Entwurf zur Änderung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages lehnen wir
14 ab.“
15
16 (5)
17 Seite: 249, Zeile: 5 Text: Füge ein „Kluge Forschungspolitik muss in die Potenziale
18 der digitalen Wirtschaft investieren und sich verstärkt mit den Chancen und Risiken
19 für ArbeitnehmerInnen, die durch eine zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt
20 entstehen auseinandersetzen.“
21
22 (6)
23 Ersetze S.249 Z.7 „Open-Source-Software“ durch „Freie Software“
24
25 (7)
26 Ersetze S.249 Z.10 „frei verfügbare Software“ durch „Software, deren Quelltext frei
27 verfügbar ist“
28
29 (8)
30 Seite: 249, Zeile: 33 Text: Füge ein „Besonders auf kommunaler Ebene bietet sich
31 eine Weiterentwicklung von Online-Beteiligungsmöglichkeiten, Online-Service-
32 Angeboten und eGovernment an.“
- Kampfer*